

AKTUELL

SoVD Niedersachsen nahm an der Podiumsdiskussion „Würdevolles Sterben im Alter“ im Niedersächsischen Landtag teil

„Die Hospizbewegung ist noch nicht bekannt genug“

„Noch ist zu wenigen Menschen bekannt, dass sie nicht unter Schmerzen sterben müssen“, bedauert Edda Schliepack, Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD Niedersachsen. Die schmerzlindernde Medizin, also Palliativmedizin, die ein würdevolles Sterben ermöglicht, sei bisher noch vorrangig auf einige zum Tode führende Krankheitsbilder wie Tumorerkrankungen ausgerichtet, so Schliepack. Sterben im Alter betrifft hingegen Menschen, die an einer vielfältigen Kombination von Erkrankungen und Beeinträchtigungen leiden. Sie sterben in Pflegeheimen oder im Haushalt der Familie.

Der SoVD Niedersachsen ist dazu im Gespräch mit den Fraktionen und besuchte am 19. April die von der niedersächsischen FDP ausgerichteten Podiumsdiskussion „Würdevolles Sterben – Wunsch und Wirklichkeit“. Wie kann ein würdevolles Sterben im Alter in Pflegeheimen oder zu Hause aussehen? Wie sieht es mit Qualifikation und Finanzierungsmöglichkeiten aus? Und wo besteht politischer Handlungsbedarf?

Die Darstellungen der Referentinnen und Referenten beleuchteten das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln. Über Probleme und Chancen, im Pflegeheim zu sterben, sprach Prof. Dr. Karin Wilkening von der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel: „Probleme können entstehen, wenn unzureichende spezielle palliative Pflegekompetenz im Heim vorliegt. Schwierig ist auch die Schmerzbehandlung bei Demenz. Ein Demenzkranker kann nicht äußern, ob er Schmerzen hat. Dazu kommen vielfach unzureichende Heimseelsorge und unterschätzte Angehörigenarbeit.“ Chancen sieht Wilkening in der oftmals guten Kenntnislage der Biografien, bei positiven Sterbeszenen und Trauer Ritualen und durch das Öffentlichenmachen von Positivbeispielen. In ihren Augen können Fachtagungen, gute Beispiele und Kompetenznetzwerke helfen, das Sterben auch als „Heim-Lebensqualität“ zu begreifen.

Ralf Roddau, Geschäftsführer eines Pflegeheimes, ging auf die fehlende Finanzierung ein. Er zeigte anhand eines Beispiels, wie die soziale Be-



„Auch eine Herausforderung für den Hausarzt“: Dr. Reinhard Binder, links Marlies Wegner, Diplom-Pflegewirtin

treuung in Pflegeheimen nur unzureichend durch das SGB XI finanziert würde und forderte, dass die SGB-VI-Leistungen auch bei Heimen anzubringen sei. „Wir brauchen eine ganzheitliche Betrachtungsweise bei der Sterbebegleitung in Pflegeheimen.“

Die qualifizierte Begleitung

von Sterbenden aus hausärztlicher Sicht zeigte der Allgemeinmediziner Dr. Reinhard Binder aus Einbeck. „Ein Hausarzt kennt den Betroffenen und sein Umfeld und kann mit ihm die Fragen der Lebensgestaltung erörtern.“

Um die Bedürfnisse der Sterbenden ging es im Impuls-

referat von Marlies Wegner vom Celler Netz der Hospiz- und Palliativbetreuung. „Es geht um den Erhalt ihrer Prioritäten. Ihre Wünsche und Motive müssen respektiert werden. Sie brauchen Rückhalt und das Einhalten von Absprachen. Angehörige nehmen dabei eine wichtige Rolle ein.“

In ihrem Schlusswort fasste die Sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Gesine Meißner zusammen: „Die Hospizbewegung ist noch nicht bekannt genug. Wir brauchen in Niedersachsen mehr fachliche Ausbildung, eine gesetzliche Regelung für die Finanzierung und auch eine verstärkte Betreuung der Angehörigen.“

Der SoVD Niedersachsen setzt sich für den flächendeckenden Ausbau der Palliativmedizin und Hospizbewegung ein. SD

Informationen:
Hospiz Landesarbeitsgemeinschaft Niedersachsen e.V.
Sachsenring 47
29339 Wathlingen
Tel.: 0 51 44 - 9 21 12
www.hospiz-nds.de

Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann zu Gast beim Landesbehindertenrat

Entwurf für ein Landesgleichstellungsgesetz liegt vor

„Noch vor der Sommerpause soll der Entwurf für ein Landesgleichstellungsgesetz in Niedersachsen dem Kabinett vorgelegt werden“, so Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann im Gespräch mit dem Landesbehindertenrat in Hannover. Nach der Entscheidung wird es zur Anhörung freigegeben, zu der neben dem SoVD Niedersachsen und dem Landesbehindertenrat weitere Verbände, Institutionen und Expertinnen und Experten eingeladen werden, um Stellung zu beziehen.

Scharf kritisiert hat der Landesbehindertenrat bereits in diesem Gespräch, dass die kommunalen Behindertenbeauftragten und Behindertenbeiräte nicht in dem vorliegenden Entwurf berücksichtigt sind. „Es kann nicht sein, dass wir uns als Sprachrohr der Menschen mit Behinderungen nicht in diesem Entwurf für ein niedersächsisches Gleichstellungsgesetz wiederfinden“, so die Behindertenbeauftragten und Mitglieder des Landesbehindertenrates. Nach der Sommerpause soll das Gesetz auf den Weg gebracht werden, kündigt die Ministerin an. Diese Zeit wollen die Behindertenverbände nutzen, um den Entwurf einzusehen, zu überar-



Niedersachsens Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann

beiten und Positionen zu beziehen, so Edda Schliepack, Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses und Vertreterin des SoVD Niedersachsen im Landesbehindertenrat.

Neben dem Landesgleichstellungsgesetz standen das Landesblindengeld, die Integrationsfachdienste und das Persönliche Budget im Mittelpunkt des Gesprächs. In einer Anhörung Ende April wird die verfassungsrechtliche Seite des Volksbegehrens zum Landesblindengeld erörtert, an der auch der SoVD Niedersachsen teilnimmt. Die Entscheidung, ob das Volksbegehren genehmigt wird, will der Ministerpräsidenten Christian Wulff Ende Mai treffen.

Die Ministerin kündigte ferner an, dass für 2006 das Fortbestehen der Integrationsfachdienste sichergestellt ist. Für eine Weiterführung im Jahr 2007 müssen Lösungen gefunden werden. Gespräche mit Expertinnen und Experten laufen derzeit.

Der Abschlussbericht zum Persönlichen Budget für Menschen mit Behinderungen liegt nun vor. Flächendeckend soll das Persönliche Budget in Niedersachsen eingeführt werden. Hierfür werden noch weitere Budgetnehmerinnen und Budgetnehmer gesucht. Der SoVD Niedersachsen wird die Weiterführung des Persönlichen Budgets in Niedersachsen unterstützen.

Zum Abschluss des Gesprächs ging Ministerin Ross-Luttmann auf die Pro Aktiv-Zentren und Mehrgenerationenhäuser ein. Hier soll geprüft werden, wie zugänglich diese sind, damit auch Menschen mit Behinderungen sie erreichen und nutzen können. Ob Mehrgenerationenhäuser genehmigt werden, soll künftig von der Barrierefreiheit nach dem Bundesgleichstellungsgesetz abhängig gemacht werden.

BK

Weiterhin unabhängige Patientenberatung in Niedersachsen

Auch Nicht-SoVD-Mitglieder können sich beraten lassen

Sie heißt nun etwas anders, ist aber weiterhin für alle Ratsuchenden da: die Patientenberatung nennt sich nun „Verbund unabhängige Patientenberatung e. V.“ Durch den Zusammenschluss verschiedener Träger aus Patienten-, Verbraucher- und Sozialberatung können Ratsuchende nun noch stärker profitieren, denn die Beratung ist durch die vereinheitlichten Standards und Qualitätskriterien sowie regelmäßigen Fortbildungen und Supervision der insgesamt bundesweit 22 regionalen Beratungsstellen noch viel stärker an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten ausgerichtet.

Elke Gravert, Patientberaterin des SoVD Niedersachsen: „Die unabhängige Patientenberatung ist eine Anlaufstelle für alle Menschen, ob sie SoVD-Mitglied sind oder nicht. Die Art der Umsetzung in der zweiten Modellprojektphase beinhaltet die Chance, die Unabhängige Patientenberatung in Deutschland auf Dauer fest in das Gesundheitswesen zu etablieren. Patienten und Ratsuchende sollen nun noch besser darin unterstützt werden, durch neutrale Informationen

mehr Eigenverantwortung im „Gesundheitsdschungel“ übernehmen zu können. Dazu gehören auch die entsprechenden Angebote für die sehr unterschiedlichen Ratsuchenden und Patienten.“

Dr. Susanne Angershausen, Vorsitzende des Verbundes unabhängige Patientenberatung: „Wesentliche Aufgabe der Beratung ist es, die Handlungs- und Entscheidungskompetenz von Patientinnen und Patienten zu verbessern.“ So können Patientinnen und Patienten in einer unabhängigen Unterstützungskultur auch in einem immer komplexeren Gesundheitswesen souveräne und individuelle Entscheidungen treffen, die auf sie zugeschnitten sind.

SoVD-Mitglieder und auch Nicht-Mitglieder können sich hier beraten lassen, persönlich mit Termin oder telefonisch:

SoVD Niedersachsen
Patientenberaterin Elke Gravert
Herschelstr. 31
30159 Hannover
Tel.: 0511-70 148 73
E-Mail: elke.gravert@sovd-nds.de
patientenberatung@sovd-nds.de